

Soziale Aspekte der Stadtentwicklung¹

In diesem Kreise dürfte unstrittig sein, dass zwischen der Entwicklung der Stadt und der sozialen Situation eine enge Wechselbeziehung existiert. Umso erstaunlicher war und ist, dass in strategischen Dokumenten der Stadtverwaltung wohl die demographischen, nicht aber die sozialen Aspekte der Stadtentwicklung eine nennenswerte Rolle spielen. Auch bei den leidenschaftlichen Debatten um die Gründerzeitbauten scheint es immer nur um die Erhaltung der Bauwerke zu gehen, kaum aber darum, wer in ihnen leben, arbeiten und wohnen könnte.

Hier soll nun eine der beiden Wirkungsrichtungen – die der sozialen Situation auf die Stadtentwicklung – betrachtet werden. Ich beabsichtige, nach einer kurzen Charakteristik der gegenwärtigen sozialen Situation in der Stadt den Versuch einer Einschätzung der Gesamtentwicklung bis 2020 zu unternehmen und die stadträumliche Problemlage unter diesem Aspekt darzustellen. Dabei gilt es jeweils, einige – z. T. sicherlich provokante – Schlussfolgerungen abzuleiten.

I. Zur sozialen Situation

Vom Image der »Boomtown« Leipzig, der Stadt der Kunst, des Sports und der Wissenschaft wird eine sehr ernste soziale Situation verdeckt. Erkennbar war die soziale Problemlage in den letzten Jahren schon bei *Vergleichen mit anderen Großstädten*. Im Vergleich der IW Consult² von 50 Städten lag Leipzig im Jahre 2004 beim Wohlstandsniveau an 50. Stelle, in der Dynamik an 48. Stelle, beim Arbeitseinkommen an 47. Stelle. Auch die Beobachtungsergebnisse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zu Stadtteilen mit hoher sozialer Benachteiligung sind alarmierend: In Leipzig waren demnach im Jahre 2002 über 60 Prozent der Stadtteile sozial benachteiligt. Dieser Anteil wird nur von Gelsenkirchen übertroffen, während z. B. die Werte nicht nur für Dresden, sondern sogar für Halle günstiger liegen³. Allerdings kannten verantwortliche Stadtplaner diese Beobachtungsergebnisse nicht – wie ich selbst bei einem öffentlichen Forum erleben musste.

Als ein wichtiger Indikator für die soziale Lage gilt das *Haushaltseinkommen* (siehe Tabelle 1): In Leipzig existieren relativ wenige »Einkommensreiche« – nur 9 % aller Haushalte hatten im August 2003 ein Nettoeinkommen von 3.000 Euro und mehr. Die Mittelschicht ist schwach besetzt – nur 19 % der Haushalte bezogen ein Nettoeinkommen von 2.000

¹ Überarbeiteter Beitrag für den Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. »Leipzig 2020: Europäische Metropole oder mitteldeutsche Provinzperle? – alternative Visionen« in Leipzig am 11. Juni 2005.

² Studie der IW Consult GmbH Köln. April 2004.

³ Nach Informationen aus der Forschung des BBR Nr. 6/2004. S. 2.

bis unter 3.000 Euro. Dagegen verfügten 72 % der Haushalte über weniger als 2.000 Euro netto.

Tabelle 1: Haushalts-Nettoeinkommen im August 2003

Euro	Anteil der Haushalte %	Zahl der Haushalte
Unter 1000	27	75 000
1000 bis unter 2000	45	125 000
2000 bis unter 3000	19	53 000
3000 und mehr	9	25 000

Quelle für Sp. 1 u. 2: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Bürgerumfrage 2003 – Ergebnisübersicht. S. 84. Sp. 3: Eigene Hochrechnung, gerundet.

Anders ausgedrückt: Von rund 278 000 Leipziger Privathaushalten hatten lediglich 25 000 ein monatliches Nettoeinkommen von 3000 Euro und mehr, dagegen aber 200 000 weniger als 2000 Euro! Dieser Umstand korreliert mit den Feststellungen zur Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld bzw. laufender Sozialhilfe und Wohngeld.

Seit der Erhebung dieser Daten 2003 ist die Einkommensdiskrepanz größer geworden, da die Zahl der Arbeitslosen gewachsen ist und inzwischen Hartz IV, die Nullrunden für die Rentner und die höhere Eigenbeteiligung für Gesundheitsleistungen wirksam wurden. Das manifestiert sich in folgenden Fakten und Prozessen:

- In diesem Jahr gab es erstmals über 50 000 Arbeitslose in der Stadt, die Arbeitslosenquote betrug im März 23,7 Prozent⁴, im Mai wurde der Agenturbezirk Leipzig »Negativ-Spitzenreiter« in Sachsen. 42 000 Haushalte beziehen derzeit Arbeitslosengeld II.⁵
- Der Anteil der prekären Arbeitsverhältnisse (Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte u. ä.) an der Beschäftigung wächst⁶.
- Der Anteil der Rentner und die Altersquote wachsen seit langem kontinuierlich⁷.

Auch an anderen Indikatoren ließe sich die problematische Situation zeigen: Verwiesen sei nur noch auf die seit 1999 sprunghaft gestiegene Zahl von Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen von Eigentümshäusern und -wohnungen⁸

⁴ Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen: Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit. 4.4.2005. <www.leipzig.de>.

⁵ »Hartz IV bringt die rote Laterne«. In: LVZ v. 1.06.05. S. 13.

⁶ Zur Tendenz vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen: Statistisches Jahrbuch 2004. S. 107.

⁷ Ebenda. S. 27.

⁸ Weniger Objekte unterm Hammer weil Gläubiger auf Zwangsverwaltung setzen. LVZ 1.02.05. S. 11.

II. Voraussichtliche soziale Entwicklung bis 2020

Wie könnten sich die Einkommensverhältnisse bis 2020 entwickeln? Ich möchte dazu ein grobes Modell für mögliche Szenarien skizzieren, das über die Altersstruktur der Bevölkerung und mit Annahmen der gruppenspezifischen Einkommensentwicklung bis 2020 das Durchschnittseinkommen hochrechnet.

Hinsichtlich der *Bevölkerungsentwicklung* sei auf die bisher veröffentlichten Vorausberechnungen verwiesen, die noch nicht die neuesten Leipziger Vorausschätzungen berücksichtigen: Bei insgesamt in Deutschland und in Sachsen rückläufiger Einwohnerzahl besteht nach verschiedenen Entwicklungsszenarien 2020-30⁹, die mit Bevölkerungsvarianten 500 000 - 400 000 rechnen, und der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes die Chance, entgegen dem allgemeinen Trend in Leipzig die jetzige Bevölkerungszahl – also etwa 500 000 – zu halten. Entscheidend dafür ist, dass die Sterbefallüberschüsse weiterhin durch Wanderungsgewinne kompensiert werden – nicht zuletzt gefördert durch eine stärkere wirtschaftliche Entwicklung der Metropolregion Halle/Leipzig-Sachsendreieck¹⁰.

Schwieriger zu prognostizieren ist die *Einkommensentwicklung*. Nach übereinstimmender Auffassung kompetenter Institutionen – Deutsche Bank Research¹¹, Prognos AG¹², IWH¹³ und DIW¹⁴ – ist die Angleichung von Ost an West nicht in Sicht, sondern vielmehr bleibt der Osten neuerdings wieder stärker zurück.

Wie ist angesichts solcher Rahmenbedingungen die *voraussichtliche Entwicklung in Leipzig einzuschätzen*? Mein Versuch einer groben modellhaften Rechnung für die Zeit von 2002¹⁵ bis 2020 basiert auf folgenden Annahmen, die ich hiermit zur Diskussion stellen möchte:

- Die Einwohnerzahl bleibt gleich, also gilt Variante 1 der regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes. Ihre Struktur verschiebt sich insbesondere von den Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter zu den Rentnern.
- Das Beschäftigungsniveau (absolut und Anteil an der Bevölkerung) bleibt gleich; damit wird die Arbeitslosigkeit halbiert.
- Die monatlichen Nettoeinkommen je Erwerbstätigen steigen nominal durchschnittlich um etwa zwei Prozent/a.

⁹ Ulrich Pfeifer (empirica) und Marta Doehler-Behzadi (Büro für urbane Projekte): Leipzig 2030. Forschungsbericht. Leipzig, Januar 2004.

¹⁰ BMVBW Pressemitteilung Nr. 136/2005 v. 28.04.05.

¹¹ DB Research: Economics Nr. 306 v. 10.11.04.

¹² Nach LVZ v. 2.03.05. S. 3.

¹³ Ulrich Blum (IWH): Der Aufschwung Ost ist abgeschlossen. In: LVZ 9./10.04.05. S. 8.

¹⁴ Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Deutschland – Ostdeutschland fällt zurück. DIW-Wochenbericht 18/2005. S. 319ff.

¹⁵ Das Jahr 2002 ist z. Z. das letzte, für das alle relevanten Daten verfügbar sind.

- Die jährliche Inflationsrate beträgt mutmaßlich etwa 1,5 Prozent; damit steigt das nominale Preisniveau bis 2020 auf das 1,3-fache.

Soweit die optimistischen Annahmen. Nun die pessimistischen:

- Die durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen der Arbeitslosen haben sich infolge von Hartz IV verringert.
- Bei den monatlichen Nettoeinkommen der Rentner – zukünftig rund $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung – wirken sich die »Reformen« der Rentenformel sowie vor allem, dass zunehmend die seit der Wende Langzeitarbeitslosen in das Rentenalter eintreten, senkend aus.

Daraus ergibt sich die in Tabelle 2 dargestellte Entwicklung.

Tabelle 2: Voraussichtliche Entwicklung der Einwohnerzahl und des monatlichen Nettoeinkommens von 2003 bis 2020

#	Bevölkerungsgruppe Jahr	Bevölkerung (1000 Pers.)		Nettoeinkommen (Euro)	
		Ist 2003	Voraussicht 2020	Ist 2003	Voraussicht 2020
1	Gesamt	497,5	497,9	980	1270
2	unter 15 Jahre	50,7	55,3		
3	15-65 Jahre	348,3	315,0		
4	- Erwerbstätige	*266,3	265,0	1200	1680
5	- Arbeitslose	46,9	23,0	620	560
6	älter als 65 Jahre	98,6	122,9	950	800
7	Jugendquote	14,6	19,0		
8	Altenquote	28,3	39,0		
9	Soziallastquote	42,9	58,0		

Quellen:

Ist 2003, Z.1-8 - Stat. Jahrbuch Leipzig 2004. S.19, 27, 105 (*für 2002), 112, 146. Z.9 = 7+8.

Bevölkerung Voraussicht: Variante 1 nach: Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020. S. 157. Z. 4-5 = Annahmen. – Einkommen Voraussicht 2020 = Annahmen.

Das durchschnittliche *Nettoeinkommen je Erwerbstätigen* würde danach von 2003 bis 2020 nominal auf etwa das 1,4-fache gesteigert, was eine reale Verbesserung wäre. Aber insbesondere infolge des wachsenden Teils von Rentnern mit geringerem Einkommen würde sich das durchschnittliche *Nettoeinkommen je Einwohner* bis 2020 nominal nur auf annähernd das 1,3-fache erhöhen. Da aber die Lebenshaltungskosten bei einer Inflationsrate von 1,5 Prozent auch auf etwa das 1,3-fache steigen, bliebe das reale Durchschnittseinkommen der Bevölkerung in der Stadt insgesamt unverändert.

Verallgemeinert lautet *die zentrale Hypothese*: Wachsende Realeinkommen der Erwerbstätigen werden durch sinkende Realeinkommen der Nichterwerbstätigen und insbesondere der Rentner kompensiert. Folglich wird sich das real verfügbare Einkommen der Einwohner Leipzigs bis 2020 voraussichtlich insgesamt noch auf dem heutigen Niveau befinden

– bei größerer Kluft zwischen Arm und Reich, wie seit geraumer Zeit in Deutschland so auch in Leipzig. Das hat in vielerlei Hinsicht Konsequenzen für die Entwicklung der Stadt. Beispielfhaft sei das für einige wenige wichtige Bereiche angedeutet.

Zum *Wohnen*: Bei insgesamt gleich bleibenden Einkommen lassen sich Wohnungs- und Wohnflächennachfrage mengenmäßig insgesamt nur wenig ausweiten. Dabei muss das Wohnungsangebot die stärkere Einkommensspreizung mit entsprechender Mietentwicklung aufnehmen: Einerseits sind im Gründerzeitbestand und auf Brachflächen hochwertige Angebote mit Eigenheimqualitäten für Einkommensreiche und größere Familien zum Wohnen in der Stadt erforderlich¹⁶, also neben Stadthäusern auf Brachflächen¹⁷ vor allem neue Wohnkonzepte im Gründerzeitbestand¹⁸. Andererseits sind genügend sanierte, aber kleinere und preiswerte Wohnungen in größerer Zahl notwendig. Der Hauptbedarf wird hier nicht so sehr bei Alg-II- und Sozialhilfeempfängern liegen¹⁹; zukünftig werden vor allem Rentnerhaushalte kostengünstigere Wohnungen nachfragen.

Zum *Einzelhandel und Gaststättengewerbe*: Ihre Umsätze bleiben real gleich. Bei weiterer Konzentration des Einzelhandels ins Zentrum und zentrumsnahe Bereiche werden mehrere stadtrandnahe Einkaufszentren nicht überleben (z. B. Sachsenpark, Rückmarsdorf).

Zur *Kultur*: Auch hier verschärft sich der Konflikt zwischen den finanziellen Ansprüchen der Hochkultur und der alternativen Szene, was bei der Ausarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes der Stadt stärker als bisher zu beachten ist²⁰. Auf dem gut entfaltenen Kunstmarkt wird das sehr anschaulich: Einheimische kaufen kaum – Künstler sind auf Nachfrage von außerhalb angewiesen

Die Entwicklung des hochwertigen Einzelhandels und der Hochkultur ist stärker auf *Tourismus* u. ä. angewiesen; gelingt die größere Außenwirkung nicht, sind Einschränkungen notwendig, z. B. die Zusammenführung von Oper und Operette am Augustusplatz usw. Nur bei außerordentlichen Anstrengungen und Geschick lassen sich höhere Preise *und* höhere Besucherzahlen erzielen – siehe als Beispiel den Zoo.

So müsste Bereich für Bereich durchgegangen werden, um strategische Entscheidungen unter Beachtung nicht nur der fiskalischen Zwänge sondern auch der Einkommensverhältnisse zu konzipieren und durchzusetzen.

¹⁶ WEEBER+PARTNER: Eigenheimqualitäten in der Stadt. 2004. Bericht siehe <www.bbr.de>.

¹⁷ Modelle von Stadthäusern präsentierte die LBS-Zukunftswerkstatt in einer Wanderausstellung. Siehe Leipziger Amts-Blatt v. 8.01.05.

¹⁸ B. Pahl et al.: Neue Wohnkonzepte im Gründerzeitbestand. Universität Leipzig. Bericht siehe <www.bbr.de>.

¹⁹ Wenn auch rund 3500 Bedarfsgemeinschaften im April d. J. Auflagenbescheide erhalten haben, ihre Kosten für Unterkunft und Heizung zu senken; darunter 700 voraussichtlich ernsthaft betroffen und zum Umzug genötigt. Siehe LVZ 20.04.05.

²⁰ S. a. PDS-Antrag auf Ausarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes lt. Löwenzahn 4/2005. S.5ff.

III. Stadträumliche Aspekte der sozialen Situation

Auch bei den stadträumlichen Aspekten der sozialen Situation ist Leipzig im Kontext mit bundesweiten Entwicklungen zu sehen: Gesellschaftliche Strukturbrüche spiegeln sich in der Stadt räumlich wider. Die wachsende soziale Ungleichheit tritt verstärkt räumlich differenziert in Erscheinung. Je nach Milieu, Dichte, Mietniveau, baulichem Zustand und Image zerfallen die Städte in Quartiere, in denen sozial benachteiligte Haushalte konzentriert sind, und in privilegierte Stadtteile. Der Städtebauliche Bericht der Bundesregierung 2004 stellt in diesem Zusammenhang generalisierend fest: »Bundesweit haben sich Stadtteile herausgebildet, die von gesamtgesellschaftlichen und gesamtstädtischen Entwicklungen weitgehend abgekoppelt sind. In diesen Gebieten häufen sich Benachteiligungen und Belastungen, die sich auf die Wohn- und Lebensbedingungen, Lebenschancen sowie Stimmungen und das soziale Klima im Quartier auswirken. Der Stadtteil selbst wird zur Benachteiligung.«²¹

»Umzugsbewegungen wirken zusätzlich räumlich selektiv und verstärken den Entmischungseffekt: Haushalte, die es sich leisten können, ziehen aus den benachteiligten Gebieten weg – sei es im Interesse der Kinder wegen der als problematisch erachteten nicht nur schulischen, sondern auch gesamten Situation im Gebiet, sei es wegen der allgemein angespannten Stimmung im Stadtteil. [...]

Von diesen Entwicklungen sind meist hoch verdichtete Stadtteile in innerstädtischen Räumen betroffen [...]. Hinzu kommen Großwohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit, einschließlich sozial gefährdeter Bereiche in den Plattensiedlungen der neuen Bundesländer. Geht diese Entwicklung weiter, so bilden sich Orte sozialer Ausgrenzung, die diejenigen, die dort wohnen, in den Lebenschancen beeinträchtigen. Der Wohnort wird selbst zu einem benachteiligenden Merkmal.«²²

Ergebnisse aus der kleinräumigen Raumbesichtigung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung belegen starke sozialräumliche Unterschiede zwischen und innerhalb von Städten. Auf die Einordnung der Leipziger Ergebnisse habe ich bereits oben verwiesen. So finden sich – stärker als in anderen Städten – in Leipzig zahlreiche Quartiere, in denen überdurchschnittlich viele einkommensschwache und sich in schwieriger sozialer Situation befindende Haushalte leben. Der Anteil von Sozialhilfeempfängern variierte im Jahre 2003 in Leipzig zwischen den Ortsteilen von 0,8 bis 21,1 Prozent. Der Anteil der Arbeitslosigkeit schwankte damals zwischen 4 und 22,4 Prozent.

²¹ Aus: Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004 »Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk« BT-Drucksache 15/4610. S. 13f.

²² Ebenda S. 28.

Am aussagekräftigsten ist wieder der Indikator »monatliches Haushaltsnettoeinkommen«. Die Tabelle 3 verdeutlicht die stadträumliche Einkommensverteilung von »reichen« und »armen« Haushalten in Leipzig anhand der positiven und negativen Spitzenwerte.

Tabelle 3: Soziale Indikatoren der Ortsteile mit den niedrigsten und den höchsten Anteilen von Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 2000 Euro im Jahre 2003

OT-Nr.	Ortsteil Name	Haushaltsnettoeinkommen in Euro im August 2003			Arbeitslose	Wohngeldempfänger	Sozialhilfeempfänger je 1000 EW
		<1000	1000<2000	insgesamt <2000			
		Anteil in Prozent					
<i>»Einkommensreiche« Ortsteile</i>							
29	Althen-Kleinpösna	14	27	41	6,2	7,9	25
05	Zentrum-Nordwest	13	28	41	7,2	6,5	41
28	Baalsdorf	16	27	43	6,5	2,6	8
25	Heiterblick	4	39	43	9,3	5,6	11
95	Wiederitzsch	11	34	45	4,0	5,6	18
66	Militz	8	38	46	6,6	5,0	10
27	Engelsdorf	12	35	47	6,2	7,6	25
75	Burghausen-Rückmarsdorf	11	38	49	5,5	3,7	11
<i>»Einkommensarme« Ortsteile</i>							
14	Thekla	27	49	76	13,3	7,4	23
64	Lausen-Grünau	29	47	76	19,1	13,6	54
22	Anger-Crottendorf	25	53	78	17,8	13,6	109
65	Grünau-Nord	34	46	80	19,3	16,3	97
71	Altlindenau	31	49	80	20,2	16,7	141
51	Plagwitz	42	39	81	15,7	13,7	97
70	Lindenau	42	41	83	19,3	16,3	152
21	Volkmarsdorf	45	40	85	22,4	16,3	211

Quellen:

Haushaltsnettoeinkommen – Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Bürgerumfrage 2003 Ergebnisübersicht. S. 84.

Arbeitslose, Wohngeld- und Sozialhilfeempfänger – Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Ortsteilkatalog 2004. Daten zu den Ortsteilen und Stadtbezirken der Stadt Leipzig. S. 242, 245.

Zu den »Wohlhabenden«: In acht Ortsteilen haben mehr als die Hälfte der Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen von über 2000 Euro: Althen-Kleinpösna, Zentrum-Nordwest, Baalsdorf, Heiterblick, Wiederitzsch, Militz, Engelsdorf und Burghausen-Rückmarsdorf. Entsprechend gering sind die Anteile der Arbeitslosen sowie der Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger. Mit einer Ausnahme (Baalsdorf) hatten alle diese Ortsteile im Jahre 2003 Wanderungsgewinne.

Zu den »Armen«: In wiederum acht Ortsteilen hatten mehr als 75 Prozent der Haushalte ein Nettoeinkommen von weniger als 2000 Euro: am gravierendsten ist die Situation in Volkmarsdorf, gefolgt von Lindenau und Plagwitz; aber auch Altlindenau, Grünau-Nord, Anger-Crottendorf, Lausen-Grünau und Thekla stehen nur graduell besser dar. Entsprechend hoch sind die Anteile der Arbeitslosen sowie der Wohngeld- und Sozialhilfeempfänger; lediglich Thekla stellt in dieser Beziehung eine gewisse Ausnahme dar. – Not und Verzweiflung

der Menschen, ihre aufgestaute Wut äußern sich auch bei Wahlen: So erzielte in Volkmarsdorf der OBM-Kandidat der NPD einen besonders hohen Anteil von Stimmen²³. – Diese Ortsteile verzeichnen teils Wanderungsgewinne, teil Wanderungsverluste.

Eine Bemerkung zum Zusammenhang zwischen sozial benachteiligten Stadtteilen und Ausländeranteil. Im Unterschied zu westdeutschen Städten – wo er signifikant ist²⁴ – sind in Leipzig (wie in den ostdeutschen Städten überhaupt) die Disparitäten im Hinblick auf die Nationalität der Bevölkerung nicht sehr ausgeprägt. Leipzig hat insgesamt nur einen Ausländeranteil²⁵ von 5,2 Prozent und nur wenige Ortsteile mit einem Anteil mehr als 10 Prozent²⁶. Dabei gibt es keinen einfachen direkten Zusammenhang zur sozialen Lage der Ortsteile. Im Gegenteil: Die Ortsteile mit den höchsten Ausländeranteilen befinden sich zu einem großen Teil im sozial eigentlich nicht auffälligen Zentrum der Stadt; selbst im beliebten Gohlis-Süd lag er noch über 8 Prozent. Von den sozial extrem benachteiligten Ortsteilen haben nur Lindenau und Volkmarsdorf einen Anteil von mehr als 10 Prozent Ausländer.

Unter diesen stadträumlichen Aspekten ist die *Zielrichtung des Stadtumbaus* zu überprüfen. Die bisherige allgemeine Strategie lautete landesweit und in Leipzig: »Die Städtebaupolitik zielt ... sowohl auf die bauliche Entwicklung als auch auf die soziale Stabilisierung benachteiligter Quartiere ab; sie wird dabei durch die Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung flankiert und unterstützt.«²⁷

Kann das unter den Bedingungen Leipzigs – großer Wohnungsleerstand und Stagnation der Einkommen – weiter für alle Ortsteile gelten?

Es genügt m. E. nicht, wie bisher *alle* Stadtgebiete stabilisieren zu wollen, wie es schon gar nicht reicht, einzelne Objekte zu retten, so sinnvoll das im Einzelfall sein mag, ebenso wie es in der Regel nicht genügt, lediglich die Straße zu sanieren. Angesichts eines dauerhaften Überschusses an Gebäuden führt das zu mehr oder weniger zufälligen Perforationen in einer Vielzahl von Ortsteilen. Die Alternative wäre, einzelne Ortsteile aufzugeben, um andere durch Einwohnerzuzug nachhaltiger zu stabilisieren. Aber welche Ortsteile aufgeben? Dem Vorschlag des »Stadtforums«²⁸, vorrangig die Großsiedlungen aus der DDR-Zeit zurückzubauen, darf sicherlich aus sozialen Gründen nicht gefolgt werden.

²³ LVZ v. 23/24.04.05. S. 17.

²⁴ Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004. A. a. O. S. 29.

²⁵ Ausländer im staatsrechtlichen Sinne, also Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Damit sind insbesondere die Immigranten aus den Gebieten der ehemaligen UdSSR nicht erfasst, obwohl gerade bei ihnen die Integration oftmals schwierig ist.

²⁶ Vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen: Ortsteilkatalog 2004. S. 238.

²⁷ Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004. A. a. O. S. S. 21.

²⁸ Stadtforum Leipzig: Grundsatzpapier v. 12.01.2005. (www.lvz-online.de).

Aber sollten möglicherweise Ortsteile mit höchster sozialer Benachteiligung großflächig aufgegeben werden, wenn das aus Sicht der Sanierung der Gesamtstadt vorteilhaft ist? Vorrangig beträfe diese Frage Volksmarsdorf, Lindenau und Grünau-Nord, auf die der Leiter des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig *Karsten Gerkens*, schon vor zwei Jahren in einer Klausurberatung der PDS-Fraktion im Stadtrat zu Leipzig im Mai 2003 als mit den üblichen Instrumentarien kaum förderfähig hingewiesen hat²⁹.

Um sowohl die städtischen Lebenswelt nachhaltig zu sichern als auch allen sozialen Gruppen, die ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind, Chancen für ökonomische, soziale und kulturelle Integration zu geben, ist m. E. deshalb eine neue Doppelstrategie zu prüfen: Für die Mehrzahl der sozial benachteiligten Stadtteile ist weiterhin eine Politik der baulichen und sozialen Stabilisierung zu verfolgen – einschließlich der Erhaltung der Schulen und ggf. sogar der Errichtung neuer Kindereinrichtungen. Aber in einzelnen, wenigen Ortsteilen wären größere Teile des Gebäudebestandes nicht mehr zu sanieren, sondern flächenhaft abzureißen und von den Versorgungsleitungen zu trennen, Parks anzulegen und bei Bedarf für familienfreundliche Stadthäuser im Grünen bereit zu stellen. Dieser Vorschlag lässt sich jedoch nur realisieren, wenn einkommensarme Haushalte beim Umzug in leer stehende Wohnungen anderer Ortsteile unterstützt werden.

Dies (und der Rückbau von Wohngebäuden an Hauptverkehrsstraßen außerhalb der City) könnten ggf. die perspektivisch entscheidenden Maßnahmen sein, um die Zahl leer stehender Wohnungen zu verringern und die Lebensverhältnisse in der Stadt insgesamt attraktiver zu gestalten – ohne die Stadt durchgängig zu perforieren. Unter Beachtung dieser Aspekte sind die bisherigen Stadtumbau-Szenarien zu überprüfen und entschieden komplexer auszugestalten. Das betrifft besonders das »Szenarium 2030: Perforierte Stadt«³⁰.

Ein Satz sei in diesem Zusammenhang an die Bundes- und der Landesregierung gerichtet: Die Stadt braucht für ihre integrierte Entwicklung mehr rechtlichen und finanziellen Spielraum, z. B. einen einheitlichen »Stadtentwicklungsfonds« – um Fördermittel zu bündeln und flexibler einsetzen zu können.

IV. Einige generelle Schlussfolgerungen

Hinsichtlich der *Bevölkerungsentwicklung* befindet sich die Leipzig in einer vergleichsweise komfortablen Lage. Die *Einkommensverhältnisse* der Leipziger Bürgerinnen und Bürger könnten sich dagegen insgesamt real erst mit einem grundlegenden Wechsel in der regie-

²⁹ Karsten Gerkens: Stadterneuerung – gestern – heute – morgen. In: Soziale Stadtentwicklung aus Sicht des Stadtumbaus. Klausurberatung der PDS-Fraktion im Stadtrat zu Leipzig am 10. u. 11. Mai 2003. S. 23-34, speziell S. 30f.

³⁰ Ulrich Pfeifer (empirica) und Marta Doehler-Behzadi (Büro für urbane Projekte): Leipzig 2030. A. a. O..

rungsoffiziellen Wirtschaft- und Sozialpolitik verbessern: mit der Abkehr vom neoliberalen Kurs und die Hinwendung zu einem Sozialstaatsmodell z. B. nach skandinavischem Vorbild.

Unter den gegebenen Bedingungen ist zu unterstreichen, was im Städtebaulichen Bericht der Bundesregierung 2004 mit Recht steht: »Die zukunftsfähige Stadt verlangt neben einer starken wirtschaftlichen Basis und gesunder Umwelt auch eine solidarische Stadtgesellschaft.«³¹ Dazu passt die Feststellung im Leipziger Stadtmagazin KREUZER vom Mai: »Der neue OBM ist der alte: In seiner zweiten Amtszeit muss Wolfgang Tiefensee dafür sorgen, dass die Stadt nicht sozial auseinander fällt.«³²

Das erfordert neue Überlegungen sowohl für eine aktivere Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Stadt überhaupt als auch für die *räumliche Steuerung der sozialen Stadtentwicklung*. Strategische Entscheidungen zur Stadtentwicklung sind bewusster unter Berücksichtigung der sozialen Komponente treffen. Z. Z. fehlt unter den veränderten Rahmenbedingungen vor allem ein auf die Zukunft gerichtetes Entwicklungskonzept für den sozialen Stadtumbau, für eine durchgrünte familienfreundliche Stadt, das nicht nur die demographische Entwicklung, sondern auch die Einkommensverhältnisse berücksichtigt. Zu überlegen ist, ob dazu eine interdisziplinäre Projektgruppe »Soziale Stadtentwicklung« sinnvoll wäre.

Wichtig ist aber vor allem auch, dass vorhandene, historisch erworbene Einflussmöglichkeiten der Kommune auf die soziale Stadtentwicklung bewahrt und gegen neoliberale Privatisierungsversuche verteidigt werden. Das betrifft die öffentliche Verfügung über städtischen Grund und Boden, städtische Unternehmen, insbesondere die LWB, sowie die Stadtplanung und relevante Teile der Stadtverwaltung. Der bewährte Leipziger Weg, sozialräumlich angelegte Hilfen durch Fachkräfte der öffentlichen Träger statt durch Übertragung der Steuerungsaufgaben und der Budgets auf einen freien Träger steuern zu lassen³³, sollte fortgesetzt werden.

Erstrebenswert ist dabei eine verstärkte Stadtpolitik von unten; sie gilt es, in breiterem Maße an der Basis zu ermöglichen und organisieren. Dazu könnten positive Erfahrungen im Quartiersmanagement im Leipziger Westen auf alle sozial benachteiligten Ortsteile übertragen und in den Ortsteilteilen Beiräte für integrierte Stadtentwicklung in Wechselwirkung mit dem bürgerschaftlichen Engagement der Bewohner und Bewohnerinnen etabliert werden.

Autor: Prof. Dr. Joachim Tesch, Möckernsche Str. 3, 04155 Leipzig, <JTesch@t-online.de>

³¹ Aus: Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004 »Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk« BT-Drucksache 15/4610. S. 13.

³² Rafael Barth in: Kreuzer – Das Leipziger Stadtmagazin. Mai 2005. S. 7.

³³ Vgl. empirica: Werkstattbuch Soziale Stadt. S. 88.